

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Stadtanschrift: Tagesblatt Riesa,
Gesamr. Nr. 90.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1599
Bezirksamt Riesa Nr. 52.

Nr. 221.

Freitag, 21. September 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 21. bis 28. September 1200000 Mark einchl. Bringerlohn. Für den Fall des Einretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Döhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 120 Mk.; die 89 mm breite Zeile 140 Mk.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Wuchschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Preis ergibt sich aus vorstehenden Grundpreisen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgang eingegangen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schlichtige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 53. Schlußzahl: 12000.

Mehl- und Brotpreise und Getreide- und Mehlbestandsaufnahme betr.

Für den Verkauf von Mehl und Brot sind infolge der weiteren erheblichen Erhöhung des Mehlpreises, der Arbeitslöhne und der sonstigen Betriebskosten in den Mühlen und Bäckereien für den Bezirk des Kommunalverbandes Großenhain einschl. der umliegenden Städte Großenhain und Riesa folgende Höchstpreise neu festgesetzt worden:

- A. für Mehl:
- a) im Großhandel für Weizenmehl 180 000 000 Mk. für 1 dt brutto im Leiblad frei Haus, für Roggenmehl 164 000 000 Mk.
 - b) im Kleinhandel für Weizenmehl 2 200 000 Mk. für 1 kg, für Roggenmehl 2 000 000 Mk. für 1 kg.
- B. für Brot:
- für Roggenbrot 2 000 000 Mk. für 1 kg, für Weizenbrot 3 467 000 Mk. für 1 kg, 3 800 000 Mk. für 1900 gr, 1 500 000 Mk. für 420 gr.
- Diese Preise treten vom 24. September 1923 ab in Wirksamkeit. Sie dürfen, vorausgesetzt, daß sie ausdrücklich hingewiesen wird, nur von diesem Tage ab gefordert werden. Ein früheres Anfordern dieser Preise ist strafrechtlich Verfolgung nach sich.
- Die Angabe über die am 23. September 1923 nach Geschäftsschluß vorhandenen Bestände an:
- 1. Roggen, 5. Weizenmehl 85% i. g.,
 - 2. Weizen, 6. Gerstenmehl 75% i. g.,
 - 3. Gerste, 7. Roggenbrot,
 - 4. Roggenmehl 85% i. g., 8. Weizenbrot.
- ist spätestens bis zum 26. September 1923 an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes zu ermitteln.
- Die bis zum 23. September nach Geschäftsschluß belieferten Brotmarken bis einschl. Reihe 1 der laufenden Brotreihe sind ebenfalls bis zum 26. September an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes einzufenden. Auf im voraus belieferte Marken der Reihe 2 Hg. der laufenden Brotreihe wird Mehl nicht zugewiesen.
- Zwischenbetrachtungen gegen die Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden auf Grund von Abschnitt 9 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 9. August 1922 bestraft.
- Großenhain, am 20. September 1923. I. Der Kommunalverband.

Schöffensliste betreffend.

Das für das Jahr 1923 aufgestellte Verzeichnis der in der Stadt Riesa wohnhaften Personen, welche zu dem Amte eines Schöffen und Geschworenen berufen werden können, liegt vom 22. September 1923 ab 1 Woche lang im Rathause, Einwohnermeldeamt Zimmer Nr. 14, während der gewöhnlichen Geschäftsstunden zu jedermanns Einsicht aus. Wegen der Richtigkeit oder Vollständigkeit dieses Verzeichnisses kann innerhalb 1 Woche, vom Tage der Auslegung an gerechnet, schriftlich oder zu Protokoll bei der unterzeichneten Behörde Einspruch erhoben werden.

Der Rat der Stadt Riesa, am 21. September 1923. Schmn.

Bezirksgetränksteuer.

Zu § 1 Abs. 2 der Bezirksgetränksteuerordnung wird hiermit bekanntgegeben, daß die Bezirksverammlung beschlossen hat, die Höchstätze in der vollen auf Grund des § 1 Abs. 3 des Finanzvergleichsartikels jeweils festgesetzten Höhe auszukunten des Bezirks zu erheben, sofern nicht die einzelnen Gemeinden des Bezirks durch Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung einen Teilbetrag der Steuer, welcher 50 v. H. der Höchstätze nicht übersteigen darf, für die Gemeinde in Anspruch nehmen.

Bezirksverband Großenhain, am 19. September 1923. 1698 A.

Der Ausschussrat hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, den Grundpreis für Licht und Kraft für die Abrechnung Oktober 1923 je Kwstb. auf 9 Millionen Mark — 20 Wfa. bei einem Dollarkurs von 180 Millionen Mark festzusetzen.

Die übrigen Gebühren erhöhen sich sinngemäß.

Die Ausgabe der Rechnungen erfolgt ab 25. September 1923 und werden die Abnehmer gebeten, den 2500fachen Jahresrechnungsbetrag bzw. den 25fachen Betrag der letzten Monatsrechnung ab diesem Termin bereit zu halten. Bei späterer Ablieferung erfolgt Nachzahlungsberechnung lt. unserer an die Gemeinden ergangenen Bekanntmachung. Bei weiterer starker Geldwertung behält sich die Verbandsleitung Nachzahlungen vor.

Gröba, den 19. September 1923. Elektrizitätsverband Gröba.

Die Macht der Tatsachen.

Halbamtlich, wenn auch noch nicht mit völliger Klarheit, wird aus Paris mitgeteilt, daß Frankreich nunmehr die Zeit für gekommen halte, mit Deutschland zu verhandeln. Natürlich unter Voraussetzungen; vor allen Dingen müsse zuvor der passive Widerstand von Reichsbürgern eingestellt werden. Obgleich also Poincaré der Meinung ist, daß die sachliche Voraussetzung, auf die er den entscheidenden Wert legt, das Anerkennen der „deutschen Niederlage“ und die Bereitschaft des Ruhrgebietes selbst, die Arbeit trotz der Anwesenheit französischer Truppen wieder aufzunehmen, bereits erfüllt ist, stellt er dennoch die erwähnte Vorbedingung. Auf der anderen Seite macht auch Frankreich der deutschen Regierung den Vorwurf, daß sie Bedingungen stelle: Bevor sie in genügend fester Form Reparationen anbietet, verlange sie, daß die Schuldnermacht den deutschen Wünschen: Wiederherstellung der deutschen Gebietshoheit, Rückkehr der Vertriebenen, Freigabe der Verurteilten, Erfüllung zusichert. Ueber dies seien die Angaben des Kanzlers über die Pfandficherung viel zu unbestimmt, und schließlich habe Deutschland durch „Aufhebung“ der Engländer, Belgier und selbst Italiener das Wohlwollen Frankreichs verletzert.

Den letztgenannten Vorwurf wird man wohl selbst in Paris nicht mehr ernst nehmen, seit die Unterredungen mit Baldwin zeigten, wie undenkbar es ist, daß England oder gar Belgien sich von der deutschen Regierung verschließen läßt. Was das Wiederangebot betrifft, so kann der Kanzler natürlich seine Pläne, die längst fertig vorliegen, nicht früher mit allen Einzelheiten bekanntgeben, als in dem Augenblick, da auch schon mit der Ausführung begonnen werden kann: Also wenn Frankreich erkennen läßt, daß es die deutsche Vorklage überhaupt annimmt, und daß es die Fruchtbarkeit deutscher Arbeit nicht zu erschöpfen gedenkt.

Die „Bedingungen“ aber, sowohl die französischen wie die deutschen, können ein wirkliches Hemmnis der Verhandlung schon darum nicht sein, weil sie nichts als der Ausdruck der beiderseitig unabänderlichen Tatsachen sind. Im Grunde genommen sind es diese Tatsachen, die mit einander verhandeln. Frankreich braucht und will Reparationen; und was fordert denn Deutschland, als die Möglichkeit, sie zu leisten? Bei der finanziellen Schwäche Deutschlands ist das Ruhrgebiet mehr und mehr auf sich selbst, also mittelbar auf Frankreich angewiesen. Gibt Frankreich der Ruhrbevölkerung nicht die sachliche und seelische Möglichkeit, zu arbeiten, so hat Deutschland einfach nicht die Mittel, Reparationen zu leisten, und ein unersetzliches noch so gut gemeintes Zahlungsabkommen bleibt Papier. Zu den für jede erfolgreiche Arbeit unerlässlichen Stimmungsgrundlagen im besetzten Gebiet gehört jedoch eben das, was Deutschland empfindet: Deutsche Verwaltung, Rückkehr der Vertriebenen, Freiheit der Verurteilten. Auf der anderen Seite ist es natürlich nicht, wie die heimischen Gegner dem Kanzler vorwerfen, „Kapitulation“, wenn der passive Widerstand tatsächlich aufhört. Kapitulation heißt: sich fremdem Befehl unterwerfen. Wenn aber das Deutsche Reich die Weiterzahlung der bis jetzt ins besetzte Gebiet gefandten Gelder einstellt oder auf ein Mindestmaß beschränkt, so geschieht das nicht, weil Frankreich es fordert, sondern einfach, weil das notwendige Geld nicht mehr vorhanden ist.

Zu den Erklärungen der Deutschnationalen.

Zu der gestern gemeldeten Erklärung der Vereinigten deutschnationalen Fraktionen im Reichstage und im preussischen Landtage in Anwesenheit von Vertretern der Bayerischen Mittelpartei gegen die Politik der Reichsregierung schreibt die nationalliberale Korrespondenz, der Präsident der Deutschen Volkspartei u. a. folgendes: Die deutschnationale Erklärung wendet sich an das deutsche Volk und fordert es zu schicksalsschweren Entscheidungen auf. Bevor das deutsche Volk sich zu Schritten entschließt, die für seine Zukunft schließlich entscheidend sind, hat es wohl das Recht zu fragen, ob die Verfasser der in Frage kommenden Erklärung sich selbst zu völliger Klarheit durchgerungen haben über Dinge, deren Voraussetzungen und mögliche Folgen sorgfältig geprüft werden müssen. Das deutsche Volk kann und muß die Antwort mindestens auf folgende vier Fragen verlangen: 1. Wie denkt sich die Deutschnationale Partei die weiteste Finanzierung des Abwehrkampfes an der Ruhr? 2. Wie denkt sie sich die Wahrung der deutschen Währungs bei Fortsetzung dieser Finanzierung? 3. Wie denkt sie sich die Fortsetzung des passiven Widerstandes durch die Bevölkerung an Rhein und Ruhr unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden moralischen, finanziellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen? Welche Mittelungen sind hierüber der Deutschnationalen Partei tatsächlich zugegangen? 4. Wenn der Kampf als machtpolitischer Kampf ausgetragen werden soll, wo sind dann die hierzu erforderlichen Machtmittel?

Auf alle diese Fragen muß das deutsche Volk, wie gesagt, eine offene ehrliche rückhaltlose Antwort verlangen. Es ist notwendig, daß man auch in Bayern diese Fragen bis ins einzelne prüft, zumal Frankreich von Bayern ebenfalls ein Pfand beizulagern hat in Gestalt der bayerischen Pfalz. Wie fürchtete jedoch, offen gestanden, daß das deutsche Volk eine unumwundene Antwort auf diese vier Fragen von der Deutschnationalen Partei nicht erhalten wird. Die nationalliberale Korrespondenz teilt dann weiter mit, daß eine ähnliche Erklärung Zeitungsberichten zufolge auch in einer Versammlung von 100 Vertretern der vaterländischen Verbände nach einem Vortrage des früheren volksparteilichen Abgeordneten Weidner gefaßt wurde. Es sei an der Zeit, daß die Deutschnationalen ersehen, einmal, wer hinter diesen vaterländischen Verbänden stehe und zum anderen, wie sich diese Berliner Versammlung zusammengesetzt habe, d. h. ob hier berufene Vertreter vaterländischer Verbände aus dem ganzen Reiche anwesend waren, oder ob nur die Berliner Mitglieder, die zufällig zusammenberufen wurden, anwesend waren. In jedem Falle gelten die obigen vier Fragen auch für die Erklärung dieser Parteiversammlung.

Zur Präsidentenbesprechung in Paris.

Pariser und Londoner Pressestimmen.

Paris. In der Unterredung zwischen Baldwin und Poincaré verbreitet Davaos eine Mitteilung, in der es heißt, die Zusammenkunft sei trotz der Kürze ein diplomatisches Ereignis von größter Bedeutung. Das darüber ausgegebene Communiqué sei in dieser Hinsicht besonders bezeichnend, obwohl es distinkt gehalten sei. Der Wunsch, den der englische Premierminister vor seiner Rückkehr nach London dem Präsidenten der Republik und seinem französischen Kollegen abnotierte, habe den Wiederbeginn vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen anknüpfen sollen. Davaos will darin das Zeichen einer teilweisen Meinungsänderung des englischen Kabinetts hinsichtlich der Reichthoden gegenüber Deutschland erkennen. Für die Alliierten Frankreichs, ob sie politisch, finanziell oder handelspolitisch interessiert seien, mache die Kooperation mit Davaos ein Übergang im Augenblick möglich, die Verhandlungen der von den Ministern in Paris und Brüssel getroffenen Zwangsmaßnahmen zu erörtern, da sie im Begriff seien, den erwarteten Erfolg zu bringen. Sicher sei, sagt Davaos, daß die deutsche Bevölkerung im besetzten Gebiet des westlichen Ruhrlandes gegen die alliierten Behörden überdrüssig sei, der ihr von Berlin aufzuerzwingen werde. Das Kabinett Stresemann selbst gehe sich über den Ausgang des eingeleiteten Kampfes keinen Täuschungen mehr hin. Unter diesen Umständen sei Poincaré bereit, die Verhandlungen mit dem Reiche wieder aufzunehmen, vorausgesetzt, daß die Verhandlungen über den passiven Widerstand zurückgenommen würden. Poincaré halte sich immer noch an diese unerbittliche Bedingung. Es sei nicht überraschend, so führt die halbamtliche französische Agentur weiter aus, daß sich Baldwin der Logik der Begründung und der Stärke der Überzeugung seines französischen Kollegen angeschlossen habe. In keiner Frage bestehe eine Meinungsverschiedenheit über das Ziel der beiden Regierungen und man hoffe, daß das in Berlin verhandelt werde.

Die Pariser Morgenpresse ist auf den Ton der halbamtlichen Erklärung abgestimmt, die von Davaos über die Unterredung zwischen den beiden Ministerpräsidenten Baldwin und Poincaré verbreitet wurde.

London. Die sehr die Ankünfte eines Teils der Presse über die Zusammenkunft Baldwin und Poincarés in Paris auseinandergehen, tritt in den Heberchriften zu Tage, unter denen zum Beispiel „Daily Express“ und „Daily Mail“ ihre Meldungen über die Konferenz der beiden Premierminister veröffentlichten. Während „Daily Express“ in

Unsinnsige Gerüchte.

Verschiedene Meldungen berichten über ein Ultimatum, das die Gewerkschaften bezüglich der sofortigen Einstellung des passiven Widerstandes und sofortige Annahme von Verhandlungen mit Frankreich an

An unsere Leser!

Die sämtliche anderen Zeitungen Deutschlands sind auf wir angewiesen, die Bezugspreise für die kommende Woche erheblich zu erhöhen. — Das „Riesner Tageblatt“ ist für die Woche vom Sonnabend, den 22. September bis Freitag, den 28. September, 12 500 000 Mark durch Zeitungsdosen frei Haus. — Wir bitten unsere Bezahler das Bezugsgehalt rechtzeitig (ab Sonnabend) bereit zu halten, damit unseren Zeitungsboten das Geschäft des Einlieferens erleichtert wird. Die Bezahler, die am Sonnabend, den 22. September (1. Tag der neuen Bezugswoche) die Zeitung entgegennehmen, bekunden dadurch ihr Einverständnis mit der Weiterlieferung und sind zur Weiterzahlung verpflichtet, falls sie nicht die zugestellte Zeitung dem zum Retieren des Bezugspreises später vorliegenden Zeitungsdosen zurückgeben.

Wesien des „Riesner Tagesblattes“.

Verdruß verkündet: Die Grenzvermittler können keine Übereinkunft erzielen. Eine Sonderaktion der nächste Schritt, teilt Daily Mail in nicht weniger sensationeller Weise ihren Lesern mit. England und Frankreich sind wieder Freunde. Mahnende Blätter wie Times und Daily Telegraph üben bei der Beurteilung des Ergebnisses der Pariser Erörterungen grobe Jurisdiktion und betonen, daß bei der bekannten Stellungnahme der beiden Regierungen in der Reparationsfrage wahrscheinlich noch eine Strecke zurückgelegt werden müsse, um die Standpunkte einander zu nähern.

Morning Post schreibt in einem Leitartikel zu den Verhandlungen zwischen Baldwin und Poincaré, die Freunde Frankreichs und Englands, die 1923 ebenso zahlreich seien wie 1914, hätten jeden Grund, von dem Ergebnissen der Verhandlungen guten Willen für Frankreich abzulege. Wenn erst der Zahlungswille Deutschlands offenbar würde, so werde die Zahlungsfähigkeit für ein reiches und arbeitames Land wie Deutschland in angemessener Zeit folgen, insbesondere wenn Deutschland, Frankreich und Großbritannien für eine regelmäßige Zahlung der deutschen Schuld an die Alliierten zusammenwirken könnten. Zur Sicherheitsfrage übergehend erklärt Morning Post, ein ungeklärtes Frankreich bedeute ein unruhiges Europa. Es könne sein, daß Poincaré in der Lage sein werde, am Rhein das Volkswort zu finden, das er brauche. Es könne sein, daß er unter dem Einfluß Großbritanniens nach einem Bund aussehe, der jede Bewegung in Deutschland sowohl im Osten wie im Westen verhindern werde. Großbritannien würde nach Ansicht der Morning Post bereit sein, einem solchen Bund beizutreten.

Eine Unterredung mit Milkerand. In Paris, Baldwin hat auch im Jagdschloß Combray mit dem Präsidenten der Republik, Milkerand, eine Unterredung, die über eine Stunde dauerte. Näheres wird darüber nicht bekanntgegeben.

Deutschland für endgültige Reparationsverhandlungen. Die aus Paris in Berlin eingelaufenen Nachrichten über den Verlauf der Unterredung zwischen den Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs hinterlassen noch keinen abschließenden Gesamteindruck. Es wird angenommen, daß Deutschland nach wie vor eine Basis für endgültige Reparationsverhandlungen anstrebt. Der praktische Erfolg aller Schritte, die Deutschland in dieser Richtung tun kann, ist jedoch bedingt durch das, was die Alliierten ihrerseits tun werden. Die Befriedung des Ruhrgebietes und die Wiederaufnahme normaler wirtschaftlicher Funktionen ist auch nur für die Dauer eines Provisoriums denkbar, wenn nicht die von den Franzosen Verurteilten amnestiert werden und die Ausgewiesenen zurückkehren können, und solange nicht die Verwaltung des Ruhrgebietes und des alten westlichen Gebietes wieder in die Hände der deutschen Beamten gelangt ist. Sind jene Voraussetzungen erfüllt, dann dürfte durch effektive deutsche Zahlungen eine Lösung des Ruhrproblems erreicht werden, die die Räumung des Ruhrgebietes in sich schließt.

Die Einberufung des Reichstages.

Gestern fand eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler Dr. Stresemann und dem Reichstagspräsidenten Voche statt, in der die Frage der Einberufung des Reichstages geklärt wurde. Es schienen neuerdings Momente eingetreten zu sein, die es angebracht erscheinen lassen, daß die Regierung nicht ihren Standpunkt über die außenpolitische Lage und im Ruhrgebiet darlegt, vielmehr soll die außenpolitische Aussprache in einer Tagung des Auswärtigen Ausschusses stattfinden. Wenn dieser zusammentreten wird, steht noch nicht fest, vielmehr wird darüber der Vorkonferenz des Reichstages entschieden. Man nimmt an, daß der Auswärtige Ausschuss des Reichstages gleichfalls recht bald zusammentreten wird, um die Erklärung der Reichsregierung entgegenzunehmen und sich dann über die außenpolitischen Fragen zu unterhalten. Das Plenum des Reichstages wird am Mittwoch nachmittags um 3 Uhr zusammentreten. Auf der Tagesordnung steht die Frage der Umänderung des Geschäftsmodus für die Beamten.

Der Beamtenbund an die Regierung.

Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hatte zu gestern mittag die Vertreter der Presse zu einer Konferenz gebeten, um Aufschlüsse über die in der Beamtenbesetzung herrschende Stimmung gegen die Regierung zu geben. Seitens des Vorstandes sprachte Dr. Waldmann die Unzufriedenheit unter den Beamten dahin, daß diese den beruhigenden Maßnahmen der Bundesleitung nicht mehr glauben und kaum noch von oppositionellen Schritten zurückgehalten werden könnten. Man rüfde vor ersten Entscheidungen. Der Redner ging dann ausführlich auf die Befestigung der vierjährigen Gehaltszahlung, sowie auf die jetzt geübte Gehaltsregelung inklusive der Zulagen und Nachzahlungen ein und führte alle Unzufriedenheit auf diese Neuordnung der Bezüge zurück. Er suchte den Nachweis zu führen, daß die Beamten heute finanziell viel schlechter dastünden, als vor dem Kriege. An dem tatsächlich vorhandenen Beamtenüberschuß trage die Regierung allein die Schuld. Wiederholt habe diese auch ihr Wort gebrochen, indem sie erst die monatliche, dann die vierzehntägige und zuletzt die achtstägige Gehaltszahlung einführt. Alles dränge jetzt auf eine Zulassung hin, die nur einseitig werden könne, wenn die maßgebenden behördlichen Instanzen den Beamten mehr als bisher entgegenkämen.

Mit dem Konflikt zwischen Beamtenbund und Regierung hat sich, wie das „S. T.“ berichtet, der Bundesvorstand des Deutschen Beamtenbundes auf der außerordentlichen Vorstandssitzung vom Mittwoch befaßt und dazu einen Beschluß angenommen, in dem es u. a. heißt: „Die Unruhe in der Beamtenbesetzung steigt von Stunde zu Stunde. Es ist das Gefühl entstanden, als ob es sich um den Versuch handle, durch technische Unmöglichkeit die Rechtegarantie der Beamtenbesetzung zu beseitigen, obwohl damit, da ja die Beamtenbesetzung ein Ausfluß des Rechtes des Berufsbeamtenstandes ist, die Grundrechte der Beamten unmittelbar berührt werden. Wenn auch von den Erklärungen, die der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister am 18. September in der vom Reichskanzler veranstalteten Besprechung der Reichsregierung mit den Beamtenorganisationen abgegeben, eine nicht unwesentliche Entspannung der Lage erhofft werden konnte, so muß doch vor aller Öffentlichkeit gerade in diesem Augenblick, wo es sich um das Recht der Beamten handelt, die Reichsregierung aufs ernste davor gewarnt werden, auf ihrem Wege fortzuschreiten.“ Der Bundesvorstand erwartet, daß die Reichsregierung in Verfolgung der Erklärungen, die sie inzwischen vor dem Reichstag abgab, am 1. Oktober zu ihren Rechtspflichten im Besetzungswesen der Beamten zurückkehrt.

Ein Korfuwischenfall in Genf.

In der gestrigen Sitzung des Völkerverbundes kam es zu einem gewissen Zwischenfall, als der italienische Vertreter Salandra damit drohte, sich zurückzuziehen, falls Lord Robert Cecil darauf bestände, in der Auswärtigen

italienische Aktion in Korfu zu unterstützen. Salandra erklärte, daß der englische Vertreter Robert Cecil darin ein, daß die Korfufrage von einer juristischen Kommission des Völkerverbundes behandelt werden solle. Im weiteren Verlauf der Diskussion behauptete man sich mit der Grenzsetzung zwischen Polen und der Tschechoslowakei.

Frankreichs neuer Gewaltstreik.

Gerade in dem Augenblicke, der die engere Fühlungnahme zwischen der deutschen und französischen Regierung herbeiführen soll, halten es die Franzosen für angebracht, Mannheim von neuem zu überfallen. Was den Anlaß dazu gegeben hat, gerade den Dieseltank des Mannheimer Schiffs, in welchem verschiedene Gerichts-, Verwaltungs- und Finanzstellen untergebracht sind, zu besetzen, ist aus den vorläufigen Meldungen noch nicht zu ersehen. Auch die Verhaftungen der Beamten sind im ersten Augenblick nicht näher begründet worden. Man vermutet, daß die Franzosen es auf den Raub größerer Geldbeträge abgesehen haben. Die Besetzung der übrigen Stadt, die Kriegsmäßig durchzuführen ist, bringt der Einwohnerzahl nicht neues. Bereits im März haben französische Truppen die wichtigsten Hafenanlagen und öffentlichen Gebäude der Stadt in Besitz genommen, angeblich wegen der Sprengung des Rhein-Derne-Kanals.

Neue Verordnungen Dequaites.

Die Franzosen erheben vom 20. September ab für die Währungsleistung der Personalausweise eine Gebühr von 15 Millionen Mark. — Nach einer Verordnung Nr. 70 des Generals Dequaites kann die Interalliierte Kontrollkommission der Hütten- und Bergwerke jeden Verkauf an Nebenprodukten der Kohle auf dem Lande, per Wasser und auch auf dem Wasser, gleichviel welcher Art, beschlagnahmen.

120 Milliarden Mark beschlagnahmt.

Gestern mittag wurden auf der Stadthauptkasse in Voham durch die Franzosen 120 Milliarden Mark beschlagnahmt.

Ausgewiesene Bergarbeiterfamilien.

Nachdem am 18. d. Mts. 81 Bergarbeiterfamilien von den Franzosen ausgewiesen worden waren, wurden vorgestern noch 30 und gestern 46 Bergarbeiterfamilien ausgewiesen. Die Bergleute, die zum Beispiel der Zeche Viktor 3 und 4 gehören, hatten sich geweigert, unter französischer Verwaltung auf der Zeche zu arbeiten.

Die Revision des Emdener Raabes verworfen.

Das Revisionsgericht hat die von dem am 8. 9. zum Tode verurteilten Emdener Raabe eingelegte Revision verworfen.

Ein vergewaltigtes 18jähriges Mädchen.

Die 18jährige Hildegard in Essen befand sich am 20. August auf dem Wege zur elterlichen Wohnung. Sie wurde von einem französischen Soldaten eingekerkert. Der Soldat warf das Mädchen in den Grabengraben, zerriß ihr die Kleider und vergewaltigte es trotz archaischer Gegenwehr. Der Verbrechen steht dem Kinde die Hande fest und verleierte ihm Schläge in das Gesicht.

Eine Denkschrift an Belgien?

Wartler Zeitungen berichten, daß Reichskanzler Dr. Stresemann eine neue Denkschrift über die Ruhrbesetzung und die Reparationen ausgearbeitet und zunächst der belgischen Regierung überreicht hätte. Die Denkschrift enthalte drei Hauptpunkte:

1. sei Deutschland bereit, den passiven Widerstand einzustellen, falls die im Ruhrgebiet verhafteten Deutschen befreit und die ausgewiesenen Ruhrbewohner die Erlaubnis erhalten würden, in das Gebiet zurückzukehren;
 2. würde Deutschland versuchen, zur Bezahlung der Reparationen eine größere Summe als die in der Note Dr. Cuno's angebotene von 30 Milliarden aufzustande zu bringen;
 3. sei die deutsche Regierung bereit, in Deutschland eine internationale Finanzgesellschaft zu gründen, ferner eine Generalhypothek auf die deutsche Industrie aufzunehmen und der Reparationskommission Anteilschneide an sämtlichen deutschen Industrie-Unternehmungen auszubändigen.
- Die belgische französische Radio-Agentur, die den Blättern diese Nachricht zustellt, knüpft daran die Notiz, es sei zu beachten, daß dieser Plan der deutschen Regierung, falls er vorhanden sei, einen erheblichen Fortschritt gegenüber den letzten Vorschlägen Stresemanns bedeute. Poincaré habe am Sonntag erklärt, daß Deutschland den Weg über die Reparationen nehmen müsse, und der Reichskanzler scheine dies verstanden zu haben.

Ueber die Folgen einer sozialen Auflösung Deutschlands.

Paris. Die „Information“ schreibt zur Lage in Deutschland, die in Deutschland eben erst gebildete Regierung habe auf der Schwelle zur Anarchie das Rad zum Stehen gebracht. Man höre, daß die deutschen Industriellen angesichts der Arbeitslosigkeit und des sozialen Verfalls, die ihnen vor Augen stehen, die Notwendigkeit begriffen hätten, zu einer Einigung mit Frankreich zu gelangen. Es seien Unterhandlungen im Gange, aus denen ein praktisches Statut im Einklang mit dem Versailler Vertrage hervorgehen könne, dessen Annäherung in der Welt Kriegserwartungen verurlichen würde. Jeder, der gesunde Menschenverstand habe, würde diesen Bemühungen um eine Lösung Erfolg wünschen. England würde es schlecht anstehen, wenn es ihnen die Zustimmung verweigern wollte. Über welches Uebel könnte nicht aus der Verlängerung des deutsch-französischen Streites erwachsen, der durch die französisch-englische Streitigkeit kompliziert werde! Die soziale Auflösung in Deutschland werde vielleicht sich auch auf andere Völker ausbreiten und dann vielleicht irgendwelche militärischen Diktaturen zeitigen. Von dem Rückblick einer derartigen Entwicklung auf England und Frankreich befürchtet der Verfasser das Schlimmste.

Die Lage in Spanien.

Bildung von Bürgerwehren.

Der König unterzeichnete eine Verordnung, die kurze Bürgerwehren in sämtlichen Provinzen u. d. in den afrikanischen Besitzungen Spaniens vorseht.

General Primo de Rivera erklärt in einer neuen Mitteilung an die Presse, die militärische Aktion sei seine Festsetzung der Junta, sie sei vielmehr aus der Verwirrung erwachsen, Spanien könne infolge des Ueberhandnehmens von Rühränden russischen Verbänden antreten.

Genas meldet aus Madrid: General Primo de Rivera hat gestern in einem unter dem Vorsitz des Königs abgehaltenen Ministerrat dem König die Mitglieder des endgültig gebildeten Direktoriums vorgelegt und dessen Programm auseinandergesetzt. Nach Schluss der Beratung erklärte der General Berichterstatter, daß er allen Behörden den Befehl erteilt habe, eine solche Unternehmung über gehen an der Warte in Barcelona in Umlauf gesetzte Gerüchte betreffend gewisse Maßnahmen gegen die Eisenbahngesellschaften und über die Haltung der Eisenbahner vorzunehmen. Die Verantwortlichen würden vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Kranzerfeier in Athen.

Wittwoch vormittag fand in der katolischen Kathedrale des Heiligen Dionysius, in Gegenwart sämtlicher Mitglieder der Regierung und des diplomatischen Korps in Uniform, ein feierlicher Gottesdienst zu Ehren des Generals Tellini statt. Gleichseitig lief das interalliierte Geschwader in die Bucht von Salona ein. Es bestand aus zwei italienischen Kreuzern, einem italienischen Torpedobootzerstörer, einem englischen leichten Kreuzer und einem französischen Kreuzer. Die Flotte wurde von drei griechischen Kreuzern und vier griechischen Torpedobootzerstörern mit je 21 Schuß besetzt. Nachdem dem Kommandanten des Geschwaders die Abhaltung des Feierns mitgeteilt worden war, entboten die alliierten Schiffe der griechischen Flotte den Salut und zogen sich darauf zurück.

Der brennende Balkan.

Auf dem Gefahrenherde Europas will die tschechoslowakische Flotte nicht erlöschen, die einst die ganze Welt in Brand gesetzt hat und gerade in diesen Tagen wieder neu aufzukommen droht. Auf dem allerdings nicht gerade vertrauenswürdigem Umwege über Paris kommt die Nachricht von einer neuen Revolution gegen die erfolgreich durchgeführte Gegenrevolution, die feinerzeit Stambululiste geküßt hat. Angeblich soll es sich um kommunistische Bauernkreise handeln, angeschlossen also auch aus der ehemaligen Anhängerliste Stambululiste. Verdächtig werden diese Nachrichten allerdings durch die Quelle, aus der sie ursprünglich stammen, nämlich Belgrad. Südslawen hat nur mit großer Mühe feinerzeit davon abgesehen werden können, anlässlich der letzten bulgarischen Revolution mit Waffengewalt einzugreifen. Es liegt, und auch wohl nicht mit Unrecht, in Bulgarien einen heimlichen Verbündeten Stallens. Durch die Entdeckung der Fiumefrage ist die Gefahr eines neuen allgemeinen Balkankrieges an sich schon sehr vergrößert worden. Es liegt nun nahe, daß Südslawen in sich schon im Hinblick auf die Entwicklung in Kroatien innerlich nicht sehr gespalten, bei weiterer Zulassung der Dinge Bulgarien zu überrennen versuchen wird, um sich selbst eines gefährlichen Gegners im Osten zu entledigen. Südslawische Setzungen erklären bereits ganz offen, daß die Vorbereitungen zu einem Einmarsch in Sofia getroffen werden. Den Vorwand zu einem solchen Einmarsch würden dann die neuen, offensichtlich von Belgrad aus geschickten revolutionären Bewegungen der in Bulgarien linksradikalen Bauernschaft geben.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Deutschenausweisungen in Polen. Die Polen haben jetzt mit neuen Ausweisungen deutscher Ausländer aus den früheren preussischen Gebietsteilen begonnen. Aus Wroslaw sind 18 deutsche Arbeiter, aus Wloclaw 22 und aus Toron insgesamt 30 eingeleitete Deutsche mit achtstägiger Frist ausgewiesen worden. Die Verordnung besagt, daß die Vorbereitungen der deutschen Niederlassung bei den Ausgewiesenen nicht erfüllt seien.

Kohnverhandlungen im Bergbau. Die Verhandlungen über die Bergarbeiterlöhne für die kommende Woche im Reichsarbeitsministerium sind am Donnerstagabend abgebrochen worden und werden heute vormittag fortgesetzt werden. Ein Ergebnis wurde bisher noch nicht erzielt.

Verurteilte Landesverrat. Vom 5. Strafsatz des Reichsgerichts wurde gestern der 24jährige gebürtige Deutsche und letzte polnische Staatsangehörige Maschinenführer Toponow zu 2 Jahren 7 Monaten Zuchthaus wegen Landesverrat und der 22jährige Kaufmann Wolow wegen dem gleichen Delikt zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein neuer deutschnationaler Ausschuss. Das Büro der deutschnationalen Reichstagsfraktion teilt mit: Die politische Lage ist derzeit gespannt, und die Ereignisse können sich demnächst überführen, daß die beiden Fraktionen der deutschnationalen Volkspartei des Reichstages und des preussischen Landtages einen Ausschuss eingesetzt haben, der während der Parlamentsferien ständig in Berlin tagt, um im Sinne der bekannten Einigung der Partei die deutschnationalen Interessen nachdrücklich zu wahren. Beide Fraktionen haben dadurch ihre Entschlossenheit bekundet, sich von dem Gange der Ereignisse nicht überführen zu lassen. Der Reichsarbeitsminister hat entgegen anders lautenden Nachrichten bereits Ende voriger Woche aus eigener Entschlossenheit seinen Arbeitsurlaub in Bad Wildungen, mit Rücksicht auf die allgemeine Lage, abgebrochen und die Geschäfte des Ministeriums wieder übernommen.

Demonstration der Bergarbeiterfrauen. In Carnap versammelten sich vorgestern vormittag etwa hundert Bergarbeiterfrauen auf der Zeche „Matthias Stinnes“, um gegen die zu geringe Bezahlung zu demonstrieren. Die Nachmittagslichte wurde nicht ein. Die Frühlingslichte ist gestern ebenfalls nicht eingeleitet. Die Belegschaft ist aufgesperrt worden, sich bis 4 Uhr nachmittags zu erklären, ob sie arbeiten will.

Eine Jugendgruppen-Versammlung in Berlin ausgeschrieben. Die politische Polizei hat vorgestern abend eine Versammlung der Jugendgruppe „Wing Louis Ferdinand“ wegen dringenden Verdachts des Verstoßes gegen das republikanische Schutzesetz und gegen die Verordnung über das Verbot militärischer Verbände ausgeschrieben. 70 Personen wurden verhaftet. Ausgleich wurde die Durchlösung ihrer Wohnungen angeordnet. Nach eingehender Vernehmung wurden die meisten Zeitgenossen wieder freigelassen.

Tschechoslowakei.

Die Wahlen in der Tschechoslowakei. Bei den Wahlen in der Tschechoslowakei haben die Sozialdemokraten nur 80 000 Stimmen erhalten gegenüber einer halben Million Stimmen bei den letzten Wahlen 1920. Dagegen hat die Radikale Volkspartei einen Zuwachs von 130 000 Stimmen zu verzeichnen.

Japan.

Vom Erdbeben. Denjenigen fremden Botenoffizieren und Gesandten in Tokio, welche Familien haben, und deren Vorfahren bei der Erdbebenkatastrophe zerstört worden sind, sind vorläufige Baläfte der kaiserlichen Familie zur Verfügung gestellt worden. So wohnt der amerikanische Botschafter jetzt in dem Palast des Prinzen Takaba, der französische Botschafter in dem Palast des Prinzen Kitahirakawa. Der kaiserliche Haushalt verliert das diplomatische Korps in Tokio mit Lebensmitteln. Die kaiserliche Familie hat 500 000 Yen zur Unterstützung des notleidenden Volkes gespendet. Fürst Matsukata hat sein Haus in Tokio dem amerikanischen Botschafter zur Verfügung gestellt.

Deutsches und Sächsisches.

Mielz, den 21. September 1923.

— Unter täglich Brot. Der Kommunalverband gibt heute abermals eine bedeutende Erhöhung der Mehl- und Brotpreise bekannt. Von Montag, 24. d. M., ab kostet ein Brot auf Mark 3 800 000 Mark.

— Waffenspiel der Sächsl. Staatsoper. Auf das heute Freitag stattfindende Waffenspiel der Sächsl. Staatsoper, das 7/8 Uhr im „Stern“ beginnt, sei nochmals empfehlend hingewiesen. Karten sind noch an der Abendkasse zu haben. — Dem Ausbrennen wird unabhälen. von 7. Uba

an die Höhe aufzulassen, da die Wundheilung pünktlich beginnt.

Radfahrer-Unfall. In den heutigen Vormittagsstunden erlitten auf der Landstraße Meila-Abderran in der Nähe des Bahnhofs zwei Motorradfahrer einen glücklicherweise nur leichten Unfall. Die beiden Herren fuhren auf einem Motor-Rad mit einem leicht angebrachten Anhänger. Vermutlich infolge Unbeherrschung des Strahlenteiles hatte sich während der Fahrt die Kuppelung gelöst. Durch die plötzliche Vordrängung beider Radteile verlor sich die Steuerung des Rades, sodass dieses gegen einen Baum stieß. Die beiden Fahrer, die durch den Anprall von ihren Sesseln geschleudert wurden, kamen mit einigen Hautabwühlungen davon.

Schauspieler. Anlässlich der Feier seines Stiftungsfestes veranstaltete der Turnverein Meila kommenden Sonntag nachmittag auf dem Turnplatz am Wasserturn ein Schauspieler. Turner und Turnerinnen in den verschiedensten Altersstufen werden erneut Zeugnis von der Vielseitigkeit des deutschen Turnens ablegen.

Einberufung des Landtages. Die sächsische Regierung hat beim Landtag die baldige Einberufung des Landtages tunlichst auf die 1. Oktoberwoche beantragt.

Die Handels-Hochschule Leipzig. Die von der Gesellschaft der Freunde der Handels-Hochschule Leipzig in der Zeit vom 1.-8. Oktober 1923 veranstaltete Arbeit, hat ihr Programm den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend umgestaltet. Als Vorkurs sollen aus der Veranstaltung die wichtigsten der ersten Arbeit. Die angelegten Vorträge und Vorlesungen, in denen aktuelle Fragen behandelt werden, finden während der Nachmittags- und Abendstunden statt. Für die Vormittage sind Besichtigungen großer Leipziger Betriebe vorgesehen.

Kommunistische Prolegomena mit dem Arbeiterkampf. Die kommunistische sächsische Arbeiterzeitung schreibt u. a.: Offensiv Antwort! Das heißt, daß die Arbeiterklasse über den abgeschlagenen Angriff hinausgehen, daß sie diese Regierung zum Tode bringen muß, um an deren Stelle eine eigene diktatorische Regierung zu setzen, in erster Linie, wenn nicht anders möglich, in Form einer Arbeiter- und Bauernregierung. Wir müssen uns an unsere Aufgaben verhalten und dürfen nicht lockerlassen. Wir rufen für den Bürgerkrieg, wir rufen zum Sturz dieser Republik, wir rufen für die Arbeiterregierung.

Verkehrsprüfung von weiblichen Landwirtschaftslehrlingen. Im Oktober werden wieder Prüfungen für weibliche Landwirtschaftslehrlinge stattfinden, die jungen Mädchen Gelegenheit geben sollen, einen praktischen Beweismittel abzugeben. Die Anmeldungen zu der Prüfung sind bis zum 1. Oktober 1923 an den Landesfiskus in Dresden zu richten; spätere Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Umsatzsteuer der Gebührens im Paket- u. s. m. Verkehr nach dem Ausland. Der deutsche Gegenwert des Goldfranks bei der Gebührenshebung im Auslands-Paket-, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr ist mit Wirkung vom 20. September an auf 30.000.000 Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen, sowie auf Röhren mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Nähere Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenanstalten.

Einigung im Bankgewerbe. Die beiden großen Organisationen im Bankgewerbe — der Deutsche Bankbeamtenverein und der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten — teilen mit, daß es in den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zwischen den Tarifparteien zu einer Einigung gekommen ist. Der für heute geplante Streik in Dresden wie auch die seit einiger Zeit durchgeführte Ueberarbeitungsverweigerung ist damit biniert worden.

Bevorstehende neue Postgebührens-erhöhung. Angeblich soll eine weitere Erhöhung der Postgebühren am 1. Oktober bevorstehen. Unter anderem soll ein Fernbrief 2 Millionen Mark kosten.

Die Rot der Presse. Das „Rommener Tageblatt“ gibt bekannt, daß es infolge der ungeheuerlichen Steigerung der Betriebskosten sich gezwungen sieht, vorläufig Mittwochs seine Zeitung einstellen zu lassen.

Deutschnationale Anfragen. Die deutschnationale Fraktion hat im Landtag Anfragen eingebracht, die sich mit der Beaufichtigung des Religionsunterrichts durch einen aus der evangelischen Kirche ausgesetzten Schularat, mit der Bezahlung von Erziehungsstellen für den Religionsunterricht nach dem Tarif für Lehrkinder und nachträglich nach Ablauf des Monats mit entwertetem Gelde befassen.

Aluminium-Rotgeld an einer Million. Die Staatlichen Hüttenwerke bei Freiberg geben jetzt Rotgeld aus Aluminium, lautend auf eine Million, heraus.

Wochenhain. Tot aufgefunden wurde Mittwochabend im sächsischen Rittergutswalden an der Briestwitzer Bahn der 66 Jahre alte Tuchweber G. von hier. Dieser hatte seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Vernehmlich wurde am Vormittag die 44 Jahre alte Geschäftsinhaberin W. in ihrer Wohnung an Frauenmarkt tot aufgefunden und polizeilich aufgehoben. Der Fall Casovergiftung vor. Auch hier tragen wohl die trübenden Verhältnisse, die sich in Nahrungs- und Geschäftsjahren darstellten, die Schuld am Tode.

Dahleu. Mittwoch früh verunglückte auf dem Dose der „Tanne“ beim Herausziehen des Anhängers des Lastwagens der Berliner Adelliegungsgesellschaft, die s. St. durch Wuppas ein Kabel legt, ein Arbeiter dadurch, daß er vom Anhängerswagen an die Wand gedrückt wurde und ihm dabei ein Osentheil seitlich in den Rücken fuhr, wodurch er starb.

durch den starken Rütteln gebrochen wurden, die sich nicht nur in die Lunge stießen. Schwere Verletzung wurde der Mann, nachdem ihm ärztliche Hilfe zuzufolge geworden war, von Mitgliedern der Sanitätskolonne nach Schab ins Krankenhaus transportiert.

Mittweide. Großfeuer-Alarm ertönte Mittwoch nachmittag 4 Uhr mittels Dampfweiser der Dehnerischen Fabrik in der Scheibestraße, bezw. des Kohnenbergs. Im Dachstuhl des alten kleinen Hauses Scheibestr. 22 war aus noch nicht ermittelter Ursache ein Brand ausgebrochen. Das Feuer fand durch die dort liegenden vielen leicht brennbaren Gegenstände (Holz, Heu usw.) reichliche Nahrung und so loderten denn mächtige Feuerflammen empor, die in ganz kurzer Zeit das gesamte Dachstuhl in Mitleidenschaft gezogen und auch auf die anstehende Ebene der Dehnerischen Fabrik übergriffen hatten. Ebenso war das benachbarte Kohnenbergs Hausgrundstück gefährdet. Das brennende Haus bewohnten vier arme Familien, von denen nur eine schwerkranke Frau und zwei Kinder anwesend waren. Diese konnten unter großer Anstrengung aus dem verqualmten Haus durch Arbeiter der Fabrik gerettet und durch die inzwischen erschienene freiwillige Feuerwehr unter Verzicht ins Freie gebracht werden.

Freiberg. Am Dienstag brannte im Nachmittags-Großfeuer die mit Zementbrennen gefüllte Getreidescheune des Gutbesizers Beschreib und zwei Seitengebäude vollständig nieder.

Zwickau. Am Montag verlangten die Erwerbslosen vom Wohlfahrtsamt abermals die sofortige Auszahlung einer Wirtschaftshilfe von 50 Millionen. Da ihnen nach Zustimmung des Rates nur 10 Millionen in Aussicht gestellt werden konnten, schritten sie zur Selbsthilfe und rekrutierten in der Stadthalle 10 Tausend Mann im Werte von 6 Millionen Mark. Beim Fortschaffen der Beute wurden sie von der Polizei gestoppt, die das Mehl in die Mühle zurückbrachte. Die Polizei mußte schließlich mit Gummiknüppeln gegen die Menge vorgehen. Später verhandelte der Erwerbslosenrat erneut mit den Mühlenbesitzern, worauf diese schließlich den Erwerbslosen fünf Tausend Mark Zahlungsbefehl überließen und die weiteren fünf Tausend unter der Voraussetzung herausgaben, daß der Rat der Stadt für die Bezahlung aufkommen werde, was aber nach Lage der Sache kaum anzunehmen ist.

Wartenburg. Am Sonntag morgen gegen 6 Uhr erschienen in der Schantwirtschaf auf dem Wollberge zwei Männer, verlangten und erhielten je ein Glas Milch und bezahlten mit einem größeren Geldschein. Während die Frau nach einem oberen Zimmer ging, um das Geld zu wechseln, folgte ihr der eine von den beiden Männern, während der andere am Hals und Schlag ihr mit einem Revolver auf den Kopf. Dann raubte er 80 Millionen Mark und verließ die Wohnung mit dem anderen Raubgefellen schleunigst. Die beiden Räuber sind leider entkommen.

Reichenbach. Ein vom Deutschen Tag in Hof zurückkehrender Herr aus Reichenbach wurde, als er sich auf dem hiesigen Bahnhof eine Zigarette lösen wollte, von einem Teil der proletarischen Hundstochtern gestoppt und nach der Hauptwache geführt. Die Absichten wurden ihm heruntergerissen. Das gleiche Schicksal erlitten noch zwei andere Herren, die gewalttätig aus dem Zuge herausgeholt wurden.

Blauen. Aus einer Seidenfabrik in der Ahornstraße wurden in der Nacht zum Dienstag durch Einbrecher Tamenhonden, Rissen und Fetzenstücke, Filzbeketen und Rockfanten im Gesamtwerte von über 71 Millionen Mark gestohlen.

Delitzsch i. N. Wegen Findelstiftung wurde eine hier in Stellung gewesene 22 Jahre alte Verkäuferin in Blauen festgenommen. Sie ist gebürtig heimlich geboren und das kräftig entwickelte Kind in ihrem Heißherd versteckt zu haben, was es erlitt. Unmittelbar nach der Tat ist das Mädchen wieder ihrer Beschäftigung nachgegangen und am Nachmittag nach Blauen gefahren.

Elsterwerda. Am nächsten Sonntag soll unsere Gedächtnisfeier gefeiert werden. Die Feier wird zugleich eine Erinnerungsfest an die für das Vaterland gefallenen Soldaten sein.

Hersberg. Der beim Neubau an der Chemischen Fabrik in Albersberg beschäftigte Arbeiter Stengel kam beim Betreten einer Leiter der elektrischen Starkstromleitung zu nahe und erlitt dadurch so schwere innere Verletzungen, daß er nach 10 Minuten verstarb.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 21. September 1923.

Teilweise französischer Abzug in Mannheim.

Mannheim. Die französischen Truppen haben gestern abend aus dem Mannheimer Schloß bis auf eine Wache wieder abgezogen.

Der bayerische Minister des Innern zur Lage.

München. Der bayerische Minister des Innern sprach gestern in München über die inner- und außenpolitische Lage. Nach Hinweis auf den gewaltigen Abmarsch Deutschlands sagte er, der Reichskanzler habe einen neuen Versuch zur Wundung der Dinge unternommen. Wenn auch der Erfolg zweifelhaft sei, so müsse doch alles zusammengehen, um dem Kaiser die auswärtige Politik nicht zu erschweren. Wenn Frankreich aus dies Anerbieten zurückwies, dann sei bewiesen, daß Frankreich nur die Zerstückung Deutschlands wolle. Ueber die vaterländischen Verbände in Bayern sagte der Minister, er begrüße ihre Arbeit zur Stärkung des vaterländischen Gedankens; aber es dürfe sich kein Staat im Staat herausbilden, und die Unterführung

des geschwächten Staatsoberhauptes dürfe keine Gefahr für den Staat werden. In der heutigen Zeit sei das wichtigste die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.

Die Lage in Baden.

Karlsruhe. Die Unruhen im badischen Lande haben seit gestern aufgehört, obwohl die Arbeiterschaft, vor allem in Herrsching im Kreis verharret. In Freiburg ist es am Donnerstag zu arduen Menschenanmassungen gekommen, die aber von der Polizei, ohne von der Waffe Gebrauch zu machen, aufgelöst werden konnten. In Heidelberg fand trotz des Verbotes des Innenministers, monach Versammlungen unter freiem Himmel und Demonstrationen verboten sind, eine kommunistische Versammlung statt. Da den Aufforderungen der Polizei nicht nachgegeben wurde, mußte diese mit Rußfahnen von Gummitrübepistolen die Straße säubern. Eine Abordnung der Erwerbslosen aus den verschiedenen Städten erschien im Arbeitsministerium und stellte dort Forderungen auf Erhöhung der Unterstützung und Einrichtung von Notstandsarbeiten. Der Minister erklärte, daß für die Erwerbslosen zum größten Teil die Reichsregierung maßgebend sei. Die badische Regierung werde sich aber mit allem Nachdruck für die Forderungen der Erwerbslosen in Berlin einsetzen.

Die erfolgreiche Politreise Dr. Scipels.

Wien. In der gestrigen Sitzung des Nationalrats berichtete Bundeskanzler Scipel, der gestern hier eingetroffen ist, über seine Reise nach Warschau. Er besprach zunächst den Schiedsvertrag, durch den Polen in das System der bereits mit der Tschechoslowakei und Ungarn geschlossenen Schiedsgerichtsverträge eintrat. Bezüglich des Ausbaus des Handelsvertrages zu einem Tarifvertrage sei in den grundsätzlichen Fragen völlige Einigung erzielt worden. Zwei andere Vereinbarungen bezögen sich auf die konjunkturelle Konvention, die demnächst abgeschlossen werden müsse, und auf die Neuregelung des Bahnregimes. Auch die Verhandlungen in den Verpflegungsfragen hätten ein befriedigendes Ergebnis erzielt. In Polen werde eine bedeutende Hilfe darzustellen für die österreichische Bevölkerung. Bezüglich des Kohlenbeschaffung sei ihm zugesichert worden, daß in kurzer Zeit eine ins einzelne gehende Verhandlung erfolgen werde, durch die die Ausfuhr von Kohlen aus Polen nach Österreich wesentlich erleichtert werde. Der Bundeskanzler schloß: Dieser Besuch, der die Eröberung aus dem Blick des Ministers stürmt war, konnte benutzt werden, um die Beziehungen zwischen beiden Staaten, die ihre Politik auf die Erhaltung des Friedens und die Konsolidierung Europas richten, befestigen und die wirtschaftlichen Verbindungen vertiefen. Es ist ein Erfolg, mit dem wir zufrieden sein können.

Eine Konferenz über Ruhr und Rhein.

Paris. Gestern abend trat unter dem Vorsitz Polinars eine Konferenz zusammen, die sich mit der Ruhr und Rhein-Angelegenheit befahte. Dieser Konferenz wohnten Marschall Foch, der Finanzminister und der Minister für öffentliche Arbeiten, der rheinische Oberkommandant Lizar und der sächsische Abgeordnete Oberkirch bei. Nach dem „Matin“ wurden alle Fragen durchgesprochen, die sich in dem Augenblick ergeben würden, in dem der polnische Widerstand sein Ende nähme. Ueber die Wiederannähme der Arbeit berichtete Le Trocquer, über den Marschall der Finanzminister. Ueber die Stimmung der Bevölkerung im besetzten Gebiet sprach Lizar.

Eröffnung der Stupschma.

Belgrad. Die Stupschma wurde gestern eröffnet. Die Sitzung nahm einen ruhigen Verlauf. Die Demokraten interpellierten den Minister des Innern und verlangten sofortige Erklärungen über den Stand der Verhandlungen mit Italien. Auch der oppositionelle Agrarier Bogis interpellierte wegen der Besetzung Fiumes durch die italienischen Truppen. Der Präsident erklärte, daß die Regierung heute diese Interpellationen beantworten werde. Während der Verlesung der Interpellation regnete es heftige Hurufe der Demokraten. In der kurzen Interpellationsbegründung hat der agrarische Sprecher Italien beifig angegriffen.

Griechenland mit Jugoslawien gegen die Kommunisten.
Athen. Auf das Geis der jugoslawischen Regierung hin, die in der Abwehr der Kommunisten in Mazedonien beizutreten, hat die griechische Regierung bekannt gegeben, daß sie jeden Versuch der Kommunisten, Griechenland zu betreten, mit den Waffen zurückweisen werde.

Bermittlung.

Ein neues schweres Erdbeben. Nach Berichten aus Mexiko hat sich in Puebla (Chorasan) am Morgen des 17. September ein schweres Erdbeben ereignet. Einzelheiten fehlen. In Mexiko wurde ein leichter Erdstöß verspürt, der aber keinen Schaden anrichtete.

Erwörtert und verurteilt. In der gestrigen Nacht wurde in Königsberg in das weit über Belgrad hinaus bekannte Juweliergeschäft Kron in der Junkerstraße ein Einbruch verübt, über den noch rätselhaftes Dunkel schwebt. Der Nachwächter der Firma wurde ermordet, die Leiche mit Petroleum übergossen und angezündet. Gestern früh fand das Personal die glimmende Leiche im Feuer. Ueber die näheren Umstände der Tat schweben noch Ermittlungen. Entwendet soll nur wenig sein, da die Treure nicht aufgebrochen werden konnten.

Und doch!

Roman von Annu Woche.

38. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Copyright by Annu Woche, Leipzig.

Noch immer kein Laut — nur der Rhein, der liebe, alte Getreue, rauscht fort und fort. Bleischwer liegt es auf meiner Seele. Ich lausche gespannt hinab. Ferner huscht auf mich ein Ohr, der näher und näher kommt. Ich arme, Arno kommt aus der Stadt zurück. Nun wird es bald ganz still sein im Schloß. Ich fröhliche Lesse. Ob man mich vermissen wird, wenn ich gegangen bin? Wohl taumel! Ich lasse keine fühlbare Lücke zurück. Rena wird ein paar Tränen weinen, wenn sie ihre „Mama Holande“ vermisst, und nach Runderact wird sie sich trösten. Das ist doch ein empfindlicher Schlag empfangen, das weiß ich, aber ich kann ihm denselben nicht erwidern.

Warum stellt er meiner Ritten, mich frei zu geben, An so lateinische „Rein“ entgegen. Es hätte ich alles so gut, so ganz ohne Aussehen arrangieren lassen, aber das ist doch ein Verbrechen.

Weshalb er nicht nachgibt, ist mir unbegreiflich. Eine Frau, die man nicht liebt, die stets mürrisch und unzufrieden ist, die durch Krankenlaunen gewissermaßen das ganze Haus tyrannisiert, die läßt man doch ruhig stehen, wenn sie durchaus nicht bleiben will.

Er aber hält mich mit eiserner Hand. Ich weiß es wohl, warum. Er fürchtet den öffentlichen Skandal, der Begehung.

Ich er das! Nein! Ich tue ihm unrecht. Er erlaubt nicht mehr an mein Fortgehen.

Die Verlobung meines Bruders mit meiner Schwester gibt ihm Gedacht, daß ich alles vermeiden werde, was unsere Ehe nach außen hin gefährdet.

Ich denke aber gar nicht daran, ein solches Familienopfer zu bringen.

Arno und Rena sind zwei so fertige, vollwertige Naturen, daß es ihr Glück nicht beeinträchtigen wird, wenn so ein armes, kleines dummes Menschenkind wie ich, die Ketten zerbricht, in die es Hasst und Willkür geschnitten.

Mama wird am meisten darunter leiden, wenn ich gehe — aber ich kann es nicht ändern. Hat sie damals, als sie mich in die verhaßte Ehe hineinzwang, an mich gedacht? O, daß ich nicht eine Mutter habe, zu der ich flüchten kann in der Stunde der Not.

Mama würde mich weinend albern und meine Ansprache, die ich an eine Ehe stelle, überspannt nennen. Sie würde mich, die davonlaufende Gattin, mit Schimpf und Schande aus ihrem Hause jagen und würde nicht einmal eine Spur von Mitleid mit mir empfinden.

Sie ist eben alt geworden in den Grundfragen, die sie von Jugend auf gut und recht hielt. Die Konventionen, in deren Gefolge sie lebt, hat ihr Herz verhärtet.

Von Rena habe ich Abschied genommen. Lange habe ich heute an ihrem Bettchen gekniet und gebetet. So habe ich seit den Tagen der Anheft meine Hände nicht zu Gott emporgehoben, als im Gebet über dieses kleine, blondlockige Kinderhaupt.

Aber ich fand keinen Trost. Mir war es, als schwebte eine dunkle Gestalt an meiner Seite durch den Raum des Kinderzimmers und als bläkten mich traurige, große Frauenaugen vorwurfsvoll an.

Was denn bliebe ich dieses Kindes wegen, das sich so

warm an mein vereinsamtes Herz geschmiegt hat, aber ich kann nicht.

Renas Gesichtchen, wie es so still schlafend in dem weißen Pissen lag, erdnen mir heute doch und schmal. Ob ich mich trübselt? Von Unruhe getrieben, war ich noch einmal dort. Rena lag aber ruhig atmend in ihrem Bettchen, und rosige Blut lag auf ihren Wangen.

Könnte ich es doch mit mir nehmen, das Kind! Immer dunkler wird die Nacht — immer schwerer meine Seele.

In der kleinen, wunsigen Tasche hier habe ich mein kleines Kapital und das Unentbehrliche für die Reise. Wird meine schwache Kraft ausreichen, um bis zur Eisenbahnstation zu kommen? Ich bezweifle es fast. Mir ist, als wankten mir die Knie.

Den Schlüssel zur Pforte habe ich mir heimlich verschafft. Wie ich alles in mir empört, daß ich nicht gehen kann frei und ungehindert, wohin ich will. Nun noch einige Abschiedsworte an Hasso. Es ist das Schwerste für mich. Hier auf meinem Schreibtisch soll er sie morgen finden.

Wie kalt und hart die Worte auf dem Papier stehen! Ich muß sie immer wieder und wieder lesen.

Hasso! Ich gebe — ich muß gehen! Ich weiß, du wirst mir gürnen, daß es heimlich geschieht, aber du wolltest es nicht anders. Ich bitte dich, vergiß, daß ich jemals in der Hoffensburg an deiner Seite gewohnt, und zürne mir nicht, daß ich deine Güte, die mir besonders in den Tagen der Krankheit schmer auf der Seele lag, so lobne, daß ich gegen deinen Willen etwas tue, was dir verhaßt ist, was du verabscheust. Ich kann nicht anders.

Gott behüte, dein Kind, Rena.

Zur Erwerbslosenfrage.

Die Lage der Erwerbslosen ist durch die in den letzten Wochen so überhöhte Teuerung besonders mitleidig geworden. Mitleidigen werden deshalb Forderungen geltend gemacht, die auf eine Besserung dieser Lage hinarbeiten. Deshalb erscheint ein Rückblick darauf zweckmäßig, was die sächsische Regierung in letzter Zeit für die Erwerbslosen getan hat, und eine Erwägung der Möglichkeiten, die für die nächste Zeit bestehen, um der Not abzuwehren.

Sundacht ist darauf hinzuweisen, daß es den Bemühungen der sächsischen Regierung gelungen ist, seit dem 8. August 1923 die Erwerbslosenunterstützung geltend zu gestalten. Der Reichsrat hat Richtlinien angenommen, wonach die Höchstbeträge wesentlich höher sind als die letzten vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Angaben für die Kosten der Lebenshaltung einschließlich Bekleidung festgesetzt werden, und zwar selbständig vom Reichsarbeitsminister. Die Kritik der Erwerbslosen richtet sich deshalb jetzt nicht gegen diese Regelung, sondern gegen ihren Ausgangspunkt, den die Woche vom 8. bis 14. August 1923 mit einem Unterstützungsbetrag von 225 000 Mark für einen männlichen, nicht in fremdem Haushalt lebenden Erwerbslosen über 21 Jahre ohne Angehörige in der Erstklasse II bei einem Teuerungszu- oder abnahmeindex von 149,531 bildet.

Die sächsische Regierung hatte schon am 3. August 1923 darauf hingewiesen, daß bei einem Uebergang zur gleichenden Erwerbslosenunterstützung dem Ausgangspunkt besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse und daß der Grundbetrag, der der Teuerung angepaßt werden müsse, mindestens der Hälfte des realen Wochenlohnes eines Arbeiters vor dem Kriege gleichkommen müsse. Der Reichsarbeitsminister hat demgegenüber den Grundlag aufgestellt, daß die tägliche Unterstützung eines ledigen Erwerbslosen durchschnittlich dem Arbeitslohn von zwei Stunden, die eines Erwerbslosen mit kleinerer Familie durchschnittlich dem Arbeitslohn von vier Stunden und die eines Erwerbslosen mit harter Familie dem Arbeitslohn von sechs Stunden gleichkommen müsse.

Die sächsische Regierung hält den Ausgangspunkt für zu niedrig, weil es angesichts des Sinkens der Reallohn nicht möglich erscheint, daß irgend ein Erwerbsloser, auch wenn er nur für sich zu sorgen hat, mit dem vierten Teil des Reallohn eines Volkswirtschaftlers auskommen kann. Sie hat deshalb mit größtem Nachdruck im Reichsrat eine entsprechende Erhöhung des realen Wertes der Erwerbslosenunterstützung gefordert. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht abgeschlossen.

Unabhängig vom Reich hat die sächsische Regierung, obwohl sie bei dem Mangel an künftigen Geldern zur Anbringung der Mittel dafür nur durch Veräußerung von Staatsvermögenswerten imstande ist, bereits zwei Beschaffungsbeihilfen an Erwerbslose gewährt. Durch die sprunghafte Geldentwertung der letzten Tage ist es mit diesen Beihilfen nicht gelungen, den Erwerbslosen die Deckung der besonderen Ausgaben für Lebensmittel, Bekleidung und Heizung zu ermöglichen, die jedem sorgsamem Haushaltungsvorstand im Beginn des Winters zu erwachen pflegen. Hier wird das Reich nachdrücklich eingegriffen müssen. Die sächsische Regierung hat deshalb ihre Vertreter im Reichsrat angewiesen, vom Reich eine Beschaffungsbeihilfe zu fordern, die für die zweite Oktoberhälfte zugewiesen werden soll und jedem Erwerbslosen die Beschaffung von sechs Zentnern Kartoffeln und fünf Zentnern Kohlen, für jedes Mitglied des Haushalts, das nicht selbst hilfsbedürftig ist, von drei Zentnern Kartoffeln und drei Zentnern Kohlen in Natur oder zum Einkaufswert am Schlage zu gewähren. Darüber hinaus soll die Beihilfe möglichst soweit ergänzt werden, daß sie auch noch die notwendigen Ausgaben für die Beschaffung von Winterbekleidung ermöglicht.

Bei einem Teuerungszu- oder abnahmeindex von 149,531 ist die Beihilfe für Erwerbslose auf drei Tage abgeführt ist, hat sich die sächsische Regierung nicht bemühen können. Sie

hat erneut die vollständige Unabhängigkeit der Wirtschaft gefordert und hofft, daß der Reichsrat bei seinem Wiederzusammentritt dieses berechtigete Verlangen umgehend erfüllen wird. Ebenso stellt sich bei der letzten schwierigen Arbeitslage die Begrenzung der Unterstützungsdauer auf 20 Wochen als eine wirtschaftliche Untragbarkeit für die Erwerbslosen heraus. Deshalb ist deren Aushebung nachdrücklich gefordert worden. Solange sich diese aber nicht erreichen läßt, ist durch Anweisungen an die Kreisbauwirtschaftsämter zu weitestgehendem Entgegenkommen beim Eingehen von Verlängerungsanträgen geholfen worden.

Weitere Maßnahmen, um den Umfang der Erwerbslosigkeit zu bekämpfen, sind im Gange. Durch Verhandlungen mit der Industrie und der Landwirtschaft ist es in einigen Teilen des Landes gelungen, für die Volksgemeinschaft erhebliche Spenden an Sachwerten und Geld zu erhalten, die den Erwerbslosen zugutekommen. Vereinzelt ist auch dort, wo es der Gang der Industrie einermachen erlaubt, ihre Vertriebsstellen gewonnen worden. Erwerbslose in den Produktionsbetrieben einzustellen, hinsichtlich einer Ausdehnung der Betriebsstilllegungsverordnung auf kleinere Betriebe und des Erlasses von Vorschriften für die Entlassung von Doppelverdienern, die vielfach auch auf gutlichem Wege durch Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter Vermittlung der Behörden gefördert worden ist, sind entsprechende Vorkehrungen beim Reich erhoben worden.

In allen diesen Fragen sind ernsthafte Erwägungen im Gange, die durch Notverordnung nach Artikel 48 der Reichsverfassung für Sachten selbständig zu regeln, falls nicht in allernächster Zeit das Reich sich zu energischen Maßnahmen entschließt. Eine Verordnung mit härteren Bestimmungen bei Anträgen auf Betriebsstilllegungen und Entlassungen ist durch das sächsische Arbeitsministerium am 10. September noch besonders erlassen worden. Endlich ist von der sächsischen Regierung der Beschaffung von Notstandsarbeiten besondere Augenmerk zugewandt worden. Zuschüsse aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge werden im höchstmöglichen Umfange von ihr zu allen Maßnahmen gegeben, die vonseiten der Gemeinden in Angriff genommen werden. Eine längere vorbereitete Notstandsaktion für die Textilindustrie ist neuerdings wieder zum Gegenstand von Verhandlungen mit dem Reich gemacht worden. Die Vergabe von Staatsaufträgen in größtmöglicher Umfange ist in Vorbereitung. Ebenso sind Verhandlungen mit dem Reichsverband der Reichsnotstandsarbeiten des Reiches eingeleitet. Am Sonnabend, den 15. September, waren der Reichsarbeitsminister Graupe und der Finanzminister Held wegen Beschaffung von Geldmitteln zu einer besonderen Besprechung an die Erwerbslosen beim Reichsfinanzministerium vorstellig.

Das Reichsfinanzministerium war nicht abgeneigt, die besonderen Verhältnisse in Sachsen zu berücksichtigen. Das Reichsministerium wird im Laufe dieser Woche noch zu dem Antrag der sächsischen Regierung Stellung nehmen. Auch allem dem erlaube ich, daß die Regierung sowohl die Notlage der Erwerbslosen als die Wichtigkeit, diese wertvollen Kräfte des Volksganges in deren Lebensnotwendigkeit zu erhalten, voll würdigt und alles getan hat, was in ihren Kräften steht, um zu helfen, wenn es möglich ist. Freilich ist es ein außerordentlich schwieriges Gebiet, das es hier zu bearbeiten gilt. Und wer auf dem Boden der gegebenen Tatsachen das Leben steht, wird sich nicht verhehlen können, daß keine Landesregierung imstande ist, die Schäden, die das wirtschaftliche Leben durch die ungeheure Geldinflation und den außerpolitischen Druck erlitten hat, durch Landesmaßnahmen und durch innerpolitische Maßnahmen allein zu bekämpfen.

Die Landesregierung kann hier nur die stärksten Forderungen stellen, und sie ist gewiß, daß ihr die Mühsale aller derer, die dazu imstande sind, nicht bloß im bisherigen, sondern in noch weit größerem Maße zur Verfügung stehen wird, um zu verhindern, daß die allgemeine Notlage auf einzelne Klassen der Bevölkerung und insbesondere auf die Erwerbslosen schwerer drückt, als dies bei gleichmäßiger Verteilung der durch den Verlust des Krieges und den

ausgesprochenen Druck dem Deutschen Reich aufzulegen würde auf die Schultern aller Volksgenossen notwendig wäre.

Goldwettbewerb.

Das Goldwettbewerb. Für die Zeit vom 22. bis 25. September 1923 einschließlich beträgt das Goldwettbewerb 3 359 990 900 v. S. (1 Goldmark = 43 800 000 Papiermark). Derzeitige Ergebnis der Goldwettbewerb. Das Wettbewerbsergebnis der Goldwettbewerb ist noch nicht definitiv festgesetzt. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, sind 120 Mill. Mark gezeichnet. Die endgültige Bilanz soll erst morgen Sonnabend bekanntgegeben werden.

Die Landabgabe. Der Umrechnungssatz für die Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe beträgt für die Zeit vom 22. bis zum 25. September 1923 einschließlich 33 800 000 für je eine Goldmark (bisher 21 800 000).

Zur einheitlichen Berechnung der Anzeigenpreise

Es für alle deutschen Zeitungen das Grund- und Schließelzahlensystem einheitlich werden. Wie aus dem Kopf unserer Zeitung ersichtlich ist, beträgt der Seiten-Grundpreis Mark 120, die gegenwärtige Schließelzahl 12 000, mit der der Grundpreis zu multiplizieren ist.

Verlag des „Niesner Tageblattes“.

Marktberichte.

Dresdner Schlachtviehmarkt am 20. September. Auftrieb: 1. Rinder: 1 Bull, 3 Kalben und Rube; 2. 91 Rinder; 3. 16 Schweine. Außerdem zur sofortigen Schlachtung, also nicht auf den Markt geföhrt: 6 Rinder, 77 Rinder, 2 Schafe, 103 Schweine. Preise für 1/4 Kilogramm in Mark für Lebend- und (im Durchschnitt) für Schlachtgewicht: Bullen: 1. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 13 Mill. (32 418 800), Kalben und Rube: 1. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes - 2. vollfleischige, ausgewachsene Rube höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 11 Mill. (21 118 850), 3. ältere ausgewachsene Rube und gut entwickelte jüngere Rube und Kalben 9,5 Mill. (21 111 100), Rinder: 1. Doppellender -, 2. beste Ralt- und Saugkälber 15 Mill. (24 195 195), 3. mittlere Ralt- und gute Saugkälber 13 Mill. (20 108 000), 4. geringe Ralt- und gute Saugkälber 10 Mill. (18 181 181). Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahre 25 Mill. (34 722 222), 2. Fettfleischige 28 Mill. (30 688 888), 3. fleischige 23 Mill. (30 688 888). Die Preise sind Marktpreise für tüchtiges Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab, Stall-, Frachten-, Markt- und Verkaufslosten, Umkloster, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stabpreise. Ueberhand: feiner.

Die amtlich notierten Preise (in Tausenden Mark) waren an der Berliner Produktionsbörse pro 50 kg ab Station vom 20. September: Weizen, märkischer 290 000 bis 300 000, unverändert. Roggen, märkischer 240 000, Sommergerste 270 000 - 300 000, Wintergerste 280 000 bis 270 000, Stetig. Hafer, märkischer 240 000 - 250 000, Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 850 000 - 950 000, feinste Marken über Ostpr. Stetig. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 700 000 - 850 000, Stetig. Weizenkleie frei Berlin 160 000 - 170 000, Stetig. Roggenkleie frei Berlin 165 000 bis 170 000, Stetig. Haas 320 000 - 330 000, Stetig. Viktoriaerbsen 500 000 - 600 000, keine Spelzgerbsen 450 000 - 500 000, Rapspulver 200 000 - 210 000, Troden-, Schmelz 130 000 - 140 000, Rapsöl 240 000 - 250 000,

Kirchennachrichten.

17. Trinitatissonntag 1923.

Nieser, N.-A.: 8 Uhr Pr. (F.), Tr.-A.: 9 Uhr Pr. H. B. (F.), 17. 16-31 (F.), Kollekte, 11 Uhr Abend-G. (F.). Sonntag Großmutterverein, Mittwoch 8 Uhr Bibelst. (B.). Gräba, 9 Uhr Pr. (Stempel), 11 Uhr Pr. (Stempel), in Gräba. Dienst. früh 7 Uhr Pr., Sonntag, abds. 8 Uhr Bibelstunde. Paulig, 8 Uhr Predigtgottesdienst in Jahnshausen. Niderau, 9 Uhr Predigtgottesdienst, Mittw., Jungfrauen. Seiffen, 9 Uhr Predigtgottesdienst, zugleich mit für die Flüchtlingsebene.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung und beim Einguge dargebrachten Glückwünsche, Ermutigungen und Geschenke danken herzlichst zugleich im Namen der Eltern. Hedwig Wolf u. Frau Martha geb. Stolle, Roblin, Septbr. 1923.

Ja. Kaufmann sucht p. sol. möbl. Zimmer. Angebote erb. unt. B G 757 an das Tageblatt Nieser.

Montorist (in) m. Maschinenschr., Buchführung usw. bestens vertraut, per 1. 10. gesucht. In erst. im Tagebl. Nieser.

Reichliches Mädchen, 22 Jahre, sucht Stellung, am liebsten bei Herrschaft in Nieser, sofort od. 1. Okt. Offerten erb. unt. B F 766 an das Tageblatt Nieser.

Zuche zu kaufen anterb. Piano od. Flügel biete 3 Milliarden auch bis 5 Milliarden mehr sofort. Ang. an Grammer, Dresden, Rammerer Straße 20, 1. Tel. 29 147.

Die Zeitungs-Anzeige übertrifft an Schönheit alle übrigen Zeitungsanzeigen.

Für Nichter

ist das Austragen des Nieser Tageblattes an zuverlässige Leute zu vergeben. Baldgefl. Meldungen erb. die Tageblatt-Geschäftsstelle Nieser, Poststr. 50.

1 modernes Blüschloß, 1 Vertiko, Sofa und Schrank, verlaufen. Gräber Hochproduktions- und Verkaufsstelle. Karl Hofmann, Gräba, Zammweg 4, Tel. Nieser 670.

Bruchsteine liegen zum Verkauf. Oswald Vogel, Wüble Böhren.

Motor 5 1/2 PS. 1450 Umdrehungen, 220 Volt, mit Anläßer, hat im Auftrag zu verkaufen Gräber Gräber u. Verkaufsstelle Karl Hofmann, Telefon Nieser 670.

Pianos Tafelklavere zwei Streichhaffe preiswert zu verkaufen. Richter, Albertplatz 6.

Freibank Nieser. Sonnabend 10 Uhr Abend- u. Schweinefleisch, 4 Uhr aus l. Erwerbslosen.

Schloßkeller

Dresden, Schloßstraße 10. Bier- und Spießhaus. Reinlich sorgfältig gefilterter Nieserbetrieb. Jeden Dienstag und Freitag Schlachtfest. Eigene Schweinemälzerei, eigene Schlachterei mit Motorbetrieb. Zum Ausschank gelangen: Kulmbacher Weizenbier, hell und dunkel, höchstprozentige Exportbierqualität. - Erziehungsbefreiung. - Spezial-Vorbereitung. Täglich 1/8 Uhr Künstler-Konzert. - 2 Kapellen.

1 Bäckereigut 3 Vertikalen gebraucht, zu verkaufen. H. Thiele, Bismarckstr. 6.

Freie Warenpreise. Markt 1 Brotchen 400000, 1 Pfund Brot 85%, 1 Pfund Brot 70%, 1/2 Pf. Zwieback 250000. Bargeld für 1 Wd. Webl zu Brotchen 1900000. Bäckereierinnung Riesa.

Gasthof Wüllnig. Sonntag, d. 23. September gr. öffentl. Ball.

Gasthof Wüllnig. Sonntag, d. 23. September gr. öffentl. Ball.

Gasthof Wüllnig. Sonntag, d. 23. September gr. öffentl. Ball.

Vierpreis-Erhöhung ab 22. September. 1 Glas Pilsener Bier 6 600 000, 1 Glas Spezial- und Exportbier 8 300 000. Gastwirtsverein Nieser und Umgegend.

Mehrere Waggon Portland-Zement zum Sondatpreis zu verkaufen. W. Rämper jun., Hoch- u. Eisenbahnbau, Niederstrasse Nieser, abg. 1. 10. 1923.

Pflanzen. 1 Sieben u. Einlöcher empf. Fr. Koch, Hptstr. 19.

Gasthof Lichtensee. Sonntag, d. 23. September Ballmusik.

Gasthof Ragewitz. Sonntag, d. 23. September öffentliche Ballmusik. Dazu ladet ergeht ein Max Robitzsch.

Gasthof Boritz. Sonntag Ballmusik.

Gasthof Prausitz. Sonntag Ball.

Nieser, Gastspiel der Säch. Staatsoper. Heute Freitag, den 21. September 1923, 1/8 Uhr Stern.

Bastien und Bastienne von Mozart. - Karten noch an der Abendkasse. Für jeden Karteninh. besteht Programmzwang.

Gasthof Heyda. Sonntag, 23. Sept., abends 7 Uhr „Verliebte Leute“ Operette in 3 Akten, mit Orchester. Nachdem ein Tänzchen. Hierzu ladet freundlich ein G. Sommer.

Gasthof Gohlis. Sonntag, 23. Sept. feine Ballmusik (Streich-) von 6 Uhr an.

Turnverein Riesa (D. T.) Sonntag, den 23. September, 3 Uhr nachmittags, findet unser diesjähriges Schautagen.

Jugendverein Neu-Weida. Sonntag, 23. September Sommer-Bergungen im Gohlis' Park. Anfang 5 Uhr.

Gasthof Jahnshausen. Sonntag von 7 Uhr an Jugendball.

Gasthof Grödel. Sonntag, d. 23. September großes Prämienschießen.

Vogelschießen. Nachdem ein Ball Anfang 8 Uhr. Es ladet ein B. Garbe.

Gasthof Leutewitz. Sonntag Ballmusik. Sonnabend 8 Uhr Musik und Schach, andern Verkaufsausschuss, Stadt Gumburg. Der Vorst.

Western früh 1/2 11 Uhr verschied nach schwerem mit Gebuld ertragenem Leiden meine sehr geliebte Frau, unsere gute Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin u. Tante Luise Hausmann geb. Richter im blühenden Alter von 28 Jahren. Der trauernde Gatte nebst Kindern und Angehörigen. Ridrig, den 21. 9. 1923. Die Beerdigung erfolgt Sonntag mittag 1 Uhr vom Trauerhause aus. Western abend ging plötzlich und unerwartet unser geliebtes Töchterchen Elisabeth Gertraud wieder von uns. Dies zeigen an in tiefem Schmerz. Paul Taubis und Frau geb. Willip. Nieser, 21. Septbr. 1923. Die heutige Nr. umschließt 14 Seiten.